

Die Corona-Krise in Mainz

Leere Straßen, saubere Luft?

CDU setzt sich weiterhin gegen die Einführung des Dieselfahrverbots ein

In den vergangenen Wochen befand sich Mainz fest im Griff der Corona-Krise. Das öffentliche Leben war spürbar eingeschränkt, viele Menschen arbeiteten von zu Hause aus und seit ein paar Wochen gilt auch in Mainz die Maskenpflicht. Und obwohl die Sicherheitsmaßnahmen Stück für Stück gelockert werden, ist an Normalität noch nicht zu denken.

Die wohl offensichtlichste Folge der Corona-Krise war und ist, dass die Mainzer Straßen deutlich leerer sind. Dies ist verständlich, denn viele Menschen arbeiten immer noch von zu Hause aus, gehen trotz der Lockerungen häufig nur für das Notwendigste vor die Tür und auch die Urlaube sind bis auf weiteres gestrichen. Weniger Autos, weniger Flugzeuge und weniger Schiffe bedeuten aber auch weniger Schadstoffe in der Luft. Jedenfalls sollte man davon ausgehen. Durch die Sperrung der Theodor-Heuss-Brücke und die Folgen der Corona-Krise ist zwar ein Rückgang der Luftschadstoffwerte zu erkennen, jedoch nicht in dem Maße, wie es solche extremen Einschnitte vermuten ließen. Vielmehr verbessern sich die Luftwerte in Mainz ohnehin stetig und nähern sich den Grenzwerten an. Ist ein Fahrverbot somit überhaupt verhältnismäßig? Der verkehrspolitische Sprecher der CDU Thomas Gerster sagt: Nein! „Ein Dieselfahrverbot ist nicht nur unverhältnismäßig, sondern kommt inmitten der Corona-Krise zur Unzeit“, so Gerster. Die Wirtschaft habe momentan mit enormen Einbußen zu kämpfen. Ein Fahrverbot würde die Situation noch verschärfen. Das hat wohl auch die Verkehrsdezernentin Katrin Eder von den Grünen eingesehen und die Einführung des Fahrverbots um drei Monate auf den 1. Oktober verschoben und in der Zwischenzeit sogar neue Gutachten zum Luftreinhalteplan in Auftrag gegeben. „Diesen Schritt begrüßen wir. So kann die Situation neu bewertet werden“, erklärt Gerster. Auch Fraktionsvorsitzender Hannsgeorg Schönig hält ein Fahrverbot für unverantwortlich. „Durch die Corona-Krise haben sich die Vorzeichen geändert. Um die Diskussion seriös fortzusetzen, müssen wir nun auf die Ergebnisse der Gutachten warten. Erst dann kann eine fundierte Entscheidung getroffen werden“, erklärt Schönig. Dass der Oberbürgermeister weiter am Fahrverbot ab dem 1. Oktober festhalten will, ohne die aktuellen Ergebnisse zu kennen, sehe Schönig skeptisch. Dieses vorschnelle Handeln sei das völlig falsche Signal an die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger in Mainz. „Wir befinden uns in einer unsicheren Zeit. Die Politik sollte Klarheit schaffen und die Unsicherheit nicht noch verstärken“, so Schönig.

Für die Christdemokraten ist ein Dieselfahrverbot für Mainz der falsche Weg, um die Luft sauberer zu machen. Es stelle einen zu immensen Einschnitt für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger dar. Darüber hinaus wären Tageskliniken, Arztpraxen, Beratungsstellen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen von vielen Besuchern nicht mehr erreichbar. Die Maßnahme würde also hilfsbedürftige Menschen am härtesten treffen.



Hannsgeorg Schönig und Thomas Gerster fordern, das Dieselfahrverbot in Mainz dauerhaft nicht einzuführen:

„Ein Dieselfahrverbot ist für Mainz der falsche Weg, um die Luft sauberer zu machen, mit verheerenden Folgen im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich.“



Die Corona-Krise in Mainz

Außengastronomieflächen sinnvoll erweitern

Gastronomiebranche von der Corona-Krise besonders stark betroffen

Auch in der Innenstadt war die Corona-Krise deutlich zu spüren. Die meisten Läden, Cafés und Restaurants hatten geschlossen und die Fußgängerzone war fast menschenleer. Während im Zuge der Lockerungen zunächst kleinere Geschäfte wieder öffnen durften, haben die Gastronomiebetriebe lange auf ein Ende der Zwangspause gewartet. Seit dem 13. Mai ist es aber endlich soweit und sie dürfen wieder Gäste empfangen – unter strengen Auflagen natürlich.

Damit der Neustart der Gastronomen glückt, konnten sie bei der Stadt Mainz eine kostenfreie Vergrößerung ihrer Außenflächen beantragen. Auch werden für das gesamte Jahr 2020 keine Sondernutzungsgebühren erhoben. Diese Maßnahme hält die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU Sabine Flegel für einen guten Ansatz. „Eine Erweiterung der Außengastronomieflächen kann dabei helfen, die Auflagen einzuhalten und den Umsatz zu steigern“, so Flegel. Nun sei es Aufgabe der Stadt, auch weiterhin mit den Gastronomen im engen Kontakt zu bleiben und gemeinsam mit ihnen sinnvolle Konzepte zu entwickeln. Dabei sei darauf zu achten, dass die Interessen aller Beteiligten in Einklang gebracht werden. Beispielsweise dürfe eine Ausweitung der Außengastronomieflächen nicht dazu führen, dass Marktbeschicker, der öffentliche Verkehr oder die Bürgerinnen und Bürger keinen Raum mehr zu Verfügung hätten. Um dieses Hindernis aus dem Weg zu räumen, schlägt der CDU-Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schöning vor, dass die zu erweiternde Außenfläche in Abhängigkeit zur ursprünglich bewirtschafteten Fläche gesetzt werde. „Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam vernünftige Lösungen finden werden, wenn alle Beteiligten mit Augenmaß handeln und Rücksicht nehmen“, gibt sich Schöning zuversichtlich.

Vielen Gastronomiebetrieben bringt die Maßnahme jedoch nichts, weil sie entweder keinen Platz für eine Außenfläche bzw. deren Erweiterung haben oder weil sie trotz Erweiterung nicht wirtschaftlich arbeiten können. Für solche Betriebe müssten andere Lösungen gefunden werden. Hier hofft der Fraktionsvorsitzende auf weitere Unterstützung vom Land: „Die Lockerungsmaßnahmen müssen situationsbedingt weiter ausgeweitet werden und sollte es hart auf hart kommen, muss auch über weitere Hilfen diskutiert werden. Wir werden uns jedenfalls weiter dafür einsetzen, dass die Hilfen auf kommunaler Ebene auch ankommen“, so Schöning. Dass die Gastronomiebetriebe seit dem 13. Mai wieder öffnen dürfen, ist mit der Auflage verknüpft, dass sich die Gäste für einen Besuch anmelden müssen. Diesbezüglich weist Schöning darauf hin, dass es genüge, sich vor Ort anzumelden. Eine vorherige Reservierungspflicht bestehe hingegen nicht. Laut der sechsten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz könne die Anmeldung direkt im Lokal erfolgen. „Die Besucher können Ihre Speisen und Getränke somit auch spontan genießen“, erklärt Schöning. Wie vielen Gastronomen mit der Maßnahme geholfen werden konnte, klärt die CDU aktuell mit einer Anfrage für den kommenden Stadtrat.



Sabine Flegel hat die Möglichkeit zur Ausweitung der Außengastronomieflächen befürwortet.

„Durch diese Maßnahme können viele Gastronomen trotz der strengen Auflagen mehr Gäste empfangen.“



Die Corona-Krise in Mainz

Städtische Gremien laufen wieder an

Demokratische Teilhabe an der Stadtpolitik war in der Corona-Krise kaum möglich

Nicht zuletzt war die Corona-Krise auch in der Mainzer Stadtpolitik deutlich zu spüren. Es fanden kaum Ausschusssitzungen statt und der Stadtrat wird am 3. Juni ein zweites Mal mit verringerter Teilnehmerzahl tagen. Erst in der darauffolgenden Sitzung ist er wieder vollständig. Die Ausschüsse Hauptausschuss, Finanzausschuss und Bauausschuss starteten jetzt mit voller Besetzung, ehe dann im nächsten Sitzungszyklus alle Ausschüsse wieder mit voller Besetzung tagen.

In der Hochphase der Corona-Krise war daran jedoch nicht zu denken. Diese Zeit hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Hannsgeorg Schöning als problematisch angesehen. „Die Fraktionen hatten in dieser Zeit kaum eine Möglichkeit auf den politischen Willensbildungsprozess einzuwirken“, erklärt Schöning. So eine Notsituation sei die Stunde der Verwaltung und des Stadtvorstands. Einige wichtige Entscheidungen seien auch liegen geblieben. „Normalerweise bringen wir in den Ausschüssen unsere Expertise, Ideen und Vorstellungen ein. So können wir auch direkt auf den Entscheidungsprozess einwirken“, erklärt Schöning. Außerdem werde auch durch die CDU sichergestellt, dass die Vorgänge transparent gestaltet werden. „Wenn uns Unregelmäßigkeiten auffallen, dann bringen wir das zur Sprache“, fährt Schöning fort. So könne unmittelbar gegengesteuert werden. Das sei jedoch nicht möglich, wenn über einen langen Zeitraum keine Ausschusssitzungen stattfinden würden. Zwar wurden manche Ausschusssitzungen durch Telefonkonferenzen ersetzt, jedoch dienten diese eher der allgemeinen Information. Von richtiger Ausschussarbeit konnte dabei keine Rede sein. „Somit hatten die Mitglieder der Ausschüsse über viele Wochen hinweg keine Möglichkeit Themen einzubringen, was in vielen Fällen aber dringend notwendig gewesen wäre“, so Schöning. Darüber hinaus sehe sich die CDU auch in der Verantwortung, die Bürgerinnen und Bürger über das aktuelle politische Geschehen zu informieren und bei strittigen Themen nachzuhaken. „Wenn alles nur abgenickt werden würde, dann würden viele Themen untergehen“, ist sich Schöning sicher. Ein reger öffentlicher Diskurs sei hingegen ein Privileg unseres demokratischen Systems. „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass sie beim politischen Prozess mitgenommen werden. Deswegen setzen wir uns täglich für sie ein“, so Schöning.

Der Fraktionsvorsitzende ist sehr froh darüber, dass in Mainz so langsam wieder der politische Alltag einkehrt. „Ich freue mich darauf, in den Gremien endlich wieder konstruktive Diskussionen zum Wohle der Stadt führen zu können“, erklärt Schöning abschließend.



Hannsgeorg Schöning betont, wie wichtig die eine funktionierende Ratsarbeit ist.

„Wir wirken auch auf den politischen Prozess ein, auch wenn wir nicht der Koalition angehören.“

Ich wünsche Ihnen, auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU-Stadtratsfraktion, ein sonniges und schönes Pfingstfest!

Ihr

Hannsgeorg Schöning

